

Beschluss über den Leitantrag

Betr.: Kommunalpolitische Leitlinien der FDP Niedersachsen 2011

1 **Der Landesparteitag hat beschlossen:**

2
3 **Stark vor Ort**

4 Die Liberale Bürgergesellschaft in Niedersachsen

5
6 **Präambel**

7 Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und erste Bundesvorsitzende der FDP,
8 Theodor Heuss, hat einmal gesagt: „Die Kommune ist die Keimzelle der Demokratie“. Dieser Satz hat
9 Bestand jetzt und auch in der Zukunft. Gerade vor dem Hintergrund eines weltweiten Waren- und
10 Kapitalverkehrs gewinnt er immer mehr an Bedeutung. Globalisierung braucht Heimat. Und die Aufgabe
11 der Kommunalpolitik ist es, Heimat für die Menschen vor Ort zu gestalten. Heimat ist dabei nicht nur ein
12 Stück Erde, sondern auch die Geschichte, die sich auf ihr abgespielt hat, die Gemeinschaft der
13 Menschen, vor allem aber das Gefühl, das jeder einzelne Bewohner mit einem Ort verbindet.

14
15 Fragen, die sich unsere Kommunalpolitiker bei der Gestaltung von Heimat stellen, sind beispielsweise:
16 Wie soll die Kommune der Zukunft aussehen? Wie wollen wir vor Ort auf den demographischen Wandel
17 reagieren? Wie soll auf kommunaler Ebene der Zusammenhalt der verschiedenen gesellschaftlichen
18 Gruppen gesichert werden, und wie können wir für eine Ausgewogenheit von Ansprüchen und Leistungen
19 der verschiedenen Altersgruppen sorgen?“ Wie soll der gesellschaftliche Zusammenhalt auf kommunaler
20 Ebene in der Zukunft aussehen? Wie beleben wir die Innenstädte und Dorfzentren? Wie sichern wir
21 nachhaltig die gute Erreichbarkeit von Ärzten, Schulen, Dienstleistern, Einkaufsmöglichkeiten,
22 Freizeitangeboten, wenn gleichzeitig die Erkenntnis an Bedeutung gewinnt, dass ein sparsamer Umgang
23 mit finanziellen Ressourcen notwendig wird?

24
25 All diese Fragen gilt es zu beantworten. Dies ist nicht allein eine Aufgabe der Politik und der
26 Kommunalverwaltungen, sondern von uns allen. Als Liberale wollen wir alle Menschen bei den
27 anstehenden Diskussionen, Entscheidungen und Umsetzungen einbinden - ganz im Sinne von Theodor
28 Heuss. Zur Gestaltung dieser Bürgergesellschaft laden wir Sie herzlich ein.

29
30 Wir machen uns stark für die Menschen vor Ort.

31
32
33 **1. Liberale Bürgergesellschaft vor Ort**

34 In den Städten und Gemeinden haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, die Zukunft ihrer
35 Kommune aktiv mitzugestalten. Gerade vor dem Hintergrund der Veränderungsprozesse in unserer
36 Gesellschaft – Alterung, demografischer Wandel und Integration – stehen viele Kommunen in
37 Niedersachsen vor großen Herausforderungen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort
38 wollen wir gute Lebensbedingungen erarbeiten für Frauen und Männer, für Kinder, Jugendliche, junge
39 Familien und Senioren, für Inländer, Migranten und Ausländer, für Menschen mit und ohne
40 Behinderungen.

41
42 Das Ehrenamt spielt für die liberale Gesellschaft vor Ort eine zentrale Rolle. Wir wollen dieses stärken,
43 beispielsweise durch Ehrenamtsagenturen in den Gemeinden, die als zentraler Ansprechpartner für
44 Fragen und eine Zusammenarbeit in der Verwaltung zur Verfügung stehen.

45
46 Die Lebensadern einer liberalen Bürgergesellschaft sind Vereine und Institutionen. Hier organisieren viele
47 Bürgerinnen und Bürger ihr ehrenamtliches Engagement und stärken den gesellschaftlichen
48 Zusammenhalt vor Ort. Auch in der Jugendarbeit leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung
49 von jungen Menschen.

50
51 Insbesondere freiwillige Feuerwehren erfüllen in vielen Orten mittlerweile nicht nur Brandschutzaufgaben.
52 Gemeinsam mit Sport- und Heimatvereinen sind sie vielerorts Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens.
53 Für die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft unseres Landes ist eine erfolgreiche Integration von
54 Menschen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung. Integration bedeutet für uns dabei nicht
55 Assimilierung. Grundlage jeder erfolgreichen Integration sind Akzeptanz unserer Werte und Gesetze und
56 (gegenseitige) Toleranz. Toleranz bedeutet sich auf den anderen einzulassen, ihn kennenzulernen und
57 gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Voraussetzung hierfür ist eine gemeinsame Sprache und dafür
58 brauchen wir Deutschkurse im erforderlichen Umfang.

59 Wir Liberale trauen Zuwanderern etwas zu und fordern sie auf, ihre Chancen in Niedersachsen zu nutzen
 60 und sich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen. Gerade vor Ort gibt es durch Sport- und Kulturvereine,
 61 durch Bürgerinitiativen und Freiwilligenverbände zahlreiche Möglichkeiten sich zu engagieren.
 62 Eine moderne Integrationspolitik kann helfen, die Attraktivität einer Region deutlich zu steigern.
 63 Kooperationen und ein institutionalisierter Austausch von best-practise-Beispielen zwischen Kommunen
 64 und Regionen ist hier förderlich.

65
 66 Gesellschaftliches Leben spielt sich aber nicht ausschließlich in Vereinen und Institutionen ab, sondern
 67 dort, wo Menschen sich begegnen. Wir sind der Auffassung, dass der öffentliche Raum den Bürgern
 68 gehört und uneingeschränkt genutzt werden darf, soweit die Freiheit anderer nicht beeinträchtigt wird.

69
 70 Der Rückgang der Geburtenzahlen stellt den Sport, vor allem in den ländlichen Regionen
 71 Niedersachsens, vor neue Herausforderungen. Gerade kleinere und Spartenvereine sind vom
 72 demographischen Wandel besonders betroffen, wobei sich in den mittleren und großen Städten ein
 73 gänzlich anderes Bild bietet als in einigen ländlichen Regionen. Die mögliche Zusammenfassung von
 74 kleinen oder Spartenvereinen in größere Einheiten sollte jedoch eine ausschließliche Entscheidung der
 75 betroffenen Vereine bleiben. Subsidiarität und Dezentralität sind dabei unsere liberalen Maxime. Ein
 76 vielfältiges Sportangebot ist für uns Liberale integraler Bestandteil einer lebenswerten Kommune.

77
 78 Wir setzen uns dafür ein, auch Menschen mit Behinderungen eine möglichst freie und
 79 eigenverantwortliche Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die Teilnahme am
 80 "persönlichen Budget" und am "Budget für Arbeit" erleichtern und ggf. durch eine begleitende Beratung
 81 unterstützen. Über eine Förderung durch vermehrte Angebote integrativer Gruppen in Krippen und
 82 Kindergärten werden schon früh bestehende Barrieren im öffentlichen Raum beseitigt.

83
 84 Eine liberale Bürgergesellschaft vor Ort steht für:

- 85
- 86 • die volle Anerkennung jedes Menschen jeglichen Alters und Herkunft und von ihnen gewählten
- 87 Lebensformen;
- 88 • ein faires Miteinander der Generationen und die Teilhabe der Menschen jeder Altersstufe an allen
- 89 wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen;
- 90 • erworbenes Wissen und gewonnene Lebenserfahrung über ehrenamtliches bürgerschaftliches
- 91 Engagement zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen;
- 92 • ein „persönliches Budget“ für Menschen mit Behinderungen;
- 93 • eine Anerkennung und Würdigung bürgerschaftlichen Engagements durch die identifikationsstiftende
- 94 Niedersächsische Ehrenamtskarte.

95

96

97 2. Demokratische Mitbestimmung

98

99 Die Kommune ist die politische Entscheidungsebene, in der die Schwelle zu einer breiten Beteiligung am
 100 niedrigsten anzusehen ist. Wir Liberale wollen möglichst viele Bürger ermutigen, sich für die Entwicklung
 101 ihrer Heimat politisch zu engagieren. Nicht zuletzt die Proteste rund um den Bau eines neuen Stuttgarter
 102 Hauptbahnhofes haben – unabhängig von einer politischen Bewertung der konkreten Streitfrage – die
 103 Frage aufgeworfen, wie eine möglichst sinnvolle und konstruktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger
 104 in der Zukunft ausgestaltet sein sollte.

105

106 Das Herzstück politischer Willensbildung sehen wir Liberale auch künftig in politischen Parteien und
 107 Bürgerinitiativen. Hierarchische Strukturen sind in den Kommunalparteien vielfach schwach ausgeprägt,
 108 so dass ein direkter Einfluss auf die Diskussion über wichtige Entscheidungen in deren Rahmen
 109 gewährleistet ist.

110

111 Gleichzeitig muss es aber auch für parteilose Bürgerinnen und Bürger Partizipationsmöglichkeiten an der
 112 Kommunalpolitik geben, insbesondere dann, wenn sie von fraglichen Entscheidungen unmittelbar
 113 betroffen sind. Deshalb sind die Elemente demokratischer Mitbestimmung zu stärken und passgenau
 114 einzusetzen.

115

116 Die liberale Demokratiegesellschaft steht für:

117

- 118 • eine Stärkung der Kommunalparteien;
- 119 • rechtzeitige und treffsichere Informationspolitik, um Missverständnisse oder Vorurteile gar nicht erst
- 120 entstehen zu lassen;
- 121 • die Zurverfügungstellung eines Video-Livestreams der Ratssitzungen über das Internet, um so künftig
- 122 jedem Bürger einen Einblick in die Ratsarbeit zu ermöglichen;
- 123 • die Einführung von Bürgerhaushalten.

124 2. Arbeit, Wirtschaft und Innovation

125 Wir Liberale setzen auf fairen Wettbewerb und Transparenz und schaffen dadurch für die Wirtschaft
126 attraktive Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Kommune
127 und den vor Ort ansässigen - in der Regel kleinen und mittleren - Unternehmen. Die Städte, Gemeinden
128 und Kreise sind dabei Partner der Wirtschaft. Gemeinsam arbeiten sie für eine starke Wirtschaft vor Ort.
129 Kommunen sollen unbürokratische und transparente Antragsverfahren für Investitionsvorhaben anbieten
130 und Unternehmen bei Neugründungen oder Erweiterungen zur Seite stehen. Das sichert und schafft
131 mittel- und langfristig Ausbildungs- und Arbeitsplätze und erhält und steigert die Wirtschaftskraft in den
132 Regionen. Die Kommunen sollen Betriebe ermutigen, neue Einstellungs- und Aufstiegschancen für
133 Frauen zu schaffen, zum Beispiel durch Kooperation bei der Bereitstellung von Plätzen in
134 Kindertagesstätten.

135
136 Unternehmen und Unternehmensgründer haben in der Regel verschiedene Kommunen als Standort zur
137 Auswahl. Eine wichtige Rolle bei der Ortswahl spielen Entwicklungsperspektiven für die Mitarbeiterinnen
138 und Mitarbeiter und deren Familien. Kommunale Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
139 gewinnen als Standortfaktor an Bedeutung. Daneben ist die Unterstützung von Unternehmensgründern
140 und Ansiedlungswilligen durch Bereitstellung umfassender Standortinformationen insbesondere über das
141 Internet wichtig. Kommunen können durch ein klares Profil im Wettbewerb mit anderen Kommunen
142 profitieren. Das gilt auch für den Ausbau aller wesentlichen Standortfaktoren wie Verkehrsinfrastruktur,
143 Gewerbegebiete, Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen und Kultur. Die Leistungsfähigkeit einer
144 Kommune ist nicht zuletzt durch die am Ort ansässigen Unternehmen und Selbständigen bestimmt. Wir
145 Liberale treten deshalb dafür ein, dass Unternehmensgründungen und Unternehmensansiedlungen von
146 kommunaler Seite erleichtert werden und die kommunale Verwaltung mehr und mehr auch zu einem
147 Dienstleister und Partner für die Unternehmen und Selbständigen wird. Wir treten dafür ein, dass die
148 Kommunen die Melde- und Genehmigungsverfahren für unternehmerische Tätigkeiten entschlacken,
149 verschlanken, zeitlich verkürzen und damit insgesamt vereinfachen, dazu gehört insbesondere das „Ein-
150 Ansprechpartner-Prinzip“. Dabei sollte die Abwicklung über das Internet eine große Bedeutung
151 bekommen.

152
153 Neben den Rahmenbedingungen in Politik und Verwaltung wird eine schnelle Internetanbindung für
154 Unternehmen immer mehr eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln. Das Land
155 Niedersachsen unterstützt die Kommunen in der Fläche durch verschiedene Förderprogramme, um
156 möglichst alle Kommunen an das Breitbandnetz anzuschließen. Gleichzeitig werden die Kommunen
157 ermutigt, auch selbst die Initiative zu ergreifen und gemeinsam mit Anbietern und dem Land an Lösungen
158 für eine optimale Kommunikations-Struktur zu arbeiten.

159
160 Bereits im Jahr 2006 haben FDP und CDU im Niedersächsischen Landtag die wirtschaftliche Betätigung
161 von Gemeinden zugunsten der privaten Wirtschaft begrenzt, um diese vor steuerfinanzierter Konkurrenz
162 durch kommunale Betriebe zu schützen. Dieser Schutz wird im neuen Niedersächsischen
163 Kommunalverfassungsgesetz konkretisiert. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die
164 Wahrnehmung von Aufgaben durch private Betriebe Vorrang vor der wirtschaftlichen Tätigkeit von
165 Kommunen erhält. Ziel von Privatisierungen sind Verbesserungen der Leistungen und Senkung von
166 Preisen durch transparenten Wettbewerb. Außerdem ist zu prüfen, kommunale Betriebe ohne hoheitliche
167 Aufgaben zu privatisieren.

168
169 Fairer Wettbewerb soll auch für die kommunalen Energieversorger gelten. Das Niedersächsische
170 Kommunalverfassungsgesetz bietet hierfür eine geeignete Grundlage, da es die allgemeinen
171 Wettbewerbsbedingungen sichert. Wir Liberale treten darüber hinaus dafür ein, dass auch die Kontrolle
172 der Preise und Gebühren kommunaler Versorger und Entsorger einheitlich durch die Kartellaufsicht
173 wahrgenommen wird.

174
175 Niedersachsen ist Urlaubsland. Das Ziel liberaler Fremdenverkehrspolitik ist die Erhöhung der Attraktivität
176 des Landes Niedersachsen als Reiseland.

177
178 Liberale Wirtschaftspolitik vor Ort macht sich stark für

- 179
- 180 • einen fairen Standortwettbewerb, in dem Wirtschaft und Kommunen gemeinsam für eine starke
 - 181 Wirtschaft vor Ort kämpfen;
 - 182 • einen Ausbau schneller Internetverbindungen in allen Kommunen Niedersachsens;
 - 183 • eine Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen – privaten Unternehmen darf keine
 - 184 aus Steuern und Abgaben finanzierte Konkurrenz gemacht werden;
 - 185 • faire Wettbewerbsbedingungen auch für kommunale Energieunternehmen mit einer einheitlichen
 - 186 Kontrolle der Preise und Gebühren.

187 **3. Schule, lebenslanges Lernen und Sport**

188 Grundlage für die Attraktivität einer Kommune ist ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsangebot für
189 die in ihr lebenden Menschen. Ein solches Bildungsangebot umfasst die frühkindliche Bildung, die
190 Schulbildung, die Berufsausbildung, die Hochschulbildung und die Erwachsenenbildung einschließlich der
191 beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Dabei muss auch im Flächenland Niedersachsen weiterhin
192 gelten: Je kürzer die Beine, desto kürzer müssen die Wege zur Bildung sein.

193
194 Der Ausbau der frühkindlichen Bildung wurde in den letzten Jahren in Niedersachsen forciert. Dieser Weg
195 muss konsequent fortgesetzt werden. Wir Liberale begrüßen dabei ausdrücklich die Leistung der
196 vielfältigen Träger von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Eine Betreuungsquote von 35 Prozent für
197 die unter 3-jährigen wird dabei nur ein Zwischenschritt sein. Wir stehen jedoch nicht nur für den
198 quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung, sondern stellen auch den qualitativen Ausbau in den
199 Vordergrund, z.B. durch die Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und die
200 Verkleinerung der Gruppen in den Kindertagesstätten.

201
202 Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule soll durch eine enge Verzahnung der
203 Kindertagesstätten und Grundschulen erreicht werden. Wir Freien Demokraten streben den Erhalt auch
204 kleinerer Grundschulstandorte im Rahmen von Schulverbänden an. Bei Schulverbänden sollen mehrere
205 Grundschulstandorte unter dem Dach einer Schulleitung und eines Lehrerkollegiums miteinander
206 verbunden werden. Den Grundschulen soll weiterhin ermöglicht werden, eine flexible Eingangsstufe zu
207 führen.

208
209 Unsere liberale Bildungspolitik setzt bei den weiterführenden Schulen auf ein differenziertes, vielfältiges
210 und begabungsgerechtes Schulsystem. Durch die niedersächsische Oberschule und das Gymnasium
211 kann dies flächendeckend gewährleistet werden. Unser Ziel ist es, dass jede Schülerin und jeder Schüler
212 die Chance besitzt, bei zumutbaren Fahrtzeiten sowohl ein Gymnasium als auch eine Oberschule
213 besuchen zu können. Es muss Schluss sein mit weiteren Organisationsdebatten. Notwendig ist eine
214 zusätzliche Qualität von Schule, u.a. durch konsequente Einbeziehung der Leitlinien für Bildung für
215 nachhaltige Entwicklung in den gesamten Unterricht.

216
217 Bewegung und Lernen ergänzen einander, deshalb ist es wichtig, bereits in der Vorschulerziehung, in
218 Kindergärten und Kindertagesstätten gezielte Bewegungsförderung einzusetzen. Bewegung fördert die
219 Leistungsfähigkeit und geistige Aufnahmebereitschaft und wirkt damit wie ein Motor für die kindliche
220 Entwicklung und lebenslanges Lernen. Sport bildet eine unschätzbare gesellschaftliche
221 Integrationsleistung, er vermittelt soziale Kompetenzen, stärkt Teamgeist, Verantwortung und
222 Leistungsbereitschaft. Im schulischen Bereich werden Sportvereine und Ganztagschulen zunehmend
223 Kooperationen eingehen. Kommunen sind Partner der vielen Sportvereine und stehen diesen im Rahmen
224 ihrer Möglichkeiten zur Seite.

225
226 Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels kann eine gute berufliche Bildung einen Standortvorteil
227 für Kommunen darstellen. Die berufsbildenden Schulen sollen zu Regionalen Kompetenzzentren
228 weiterentwickelt werden. Dadurch wird eine noch engere Verzahnung mit der örtlichen Wirtschaft möglich
229 und die Schulen werden in die Lage versetzt, flexibel auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft
230 reagieren zu können.

231
232 In unserer Bildungspolitik setzen wir uns dafür ein, dass die einzelnen Bildungsangebote von der
233 frühkindlichen Bildung bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung in jedem
234 Lebensalter eng miteinander verzahnt und landesweit Bildungsregionen geschaffen werden. Durch eine
235 enge Verzahnung der einzelnen Angebote unter Einbeziehung der Angebote der Jugendarbeit und
236 Jugendhilfe wird es möglich sein, der kommenden Generation durch Erziehung und Ausbildung den
237 angemessenen Rahmen für ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu bieten.

238
239 Dabei werden wir benachteiligte Gruppen nicht außer Acht lassen. Benachteiligte Kinder und Jugendliche
240 wollen wir mit zielgerichteten pädagogischen Angeboten unterstützen, um die soziale Integration zu
241 fördern und eine Qualifizierung für den Arbeitsmarkt zu erreichen. In einer zukunftsfähigen Schule und
242 Gesellschaft darf kein Kind und kein Jugendlicher zurückbleiben. Daher ist es für uns unabdingbar, dass
243 in Niedersachsen der Weg der Inklusion weitergegangen wird. Zu einer individuellen Förderung gehört
244 aber auch, dass dies in Förderschulen erfolgen kann, sofern alle Beteiligten darin die besten Chancen
245 erkennen.

246
247 Liberale Bildungspolitik vor Ort setzt sich ein für:

- 248
- 249 • eine Vernetzung der Bildungsangebote von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule und
 - 250 Erwachsenenbildung zu Bildungsregionen;
 - 251 • einen qualitativen und quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung;
 - 252 • den Erhalt kleiner Grundschulstandorte durch Schulverbände;

- 253 • die Verbesserung der Ausstattung der Schulen und des Arbeitsplatzes Schule;
- 254 • eine Förderung des Breitensportes und eine bessere Verknüpfung von Schule und Sportvereinen;
- 255 • die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe;
- 256 • eine finanzielle und organisatorische Planungssicherheit für die Schulträger und Schulen.
- 257 • die Zusammenführung von Horten und Ganztagschulen, um für kurze Wege zu sorgen und
- 258 Parallelstrukturen zu vermeiden.
- 259 • Abschaffung der Schuleinzugsbereiche, um den Eltern größere Wahlfreiheit zu sichern.

260
261

262 **4. Verwaltung und kommunale Finanzen**

263 Wir Liberale bekennen uns zu einer modernen und bürgeroffenen Kommunalverwaltung, die sich an den
264 Wünschen ihrer Kunden und Eigentümer – den Bürgerinnen und Bürgern – und der wirtschaftlichen
265 Erledigung von Aufgaben orientiert. Der Schlüssel hierfür sind gut qualifizierte und motivierte
266 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von
267 Qualitätsmanagementsystemen ein.

268

269 Wir Liberale setzen auf das Konzept der Bürgerbüros, die als zentrale Anlaufstelle für Verwaltungsfragen
270 den Bürgerinnen und Bürgern Behördengänge abnimmt. Gleichzeitig wollen wir verstärkt Internetangebote
271 der Kommunen ausbauen und damit virtuelle Bürgerbüros schaffen.

272

273 Die Basis einer guten Verwaltung ist eine solide Finanzierung. Wir Freien Demokraten fordern für die
274 Kommunen eine auskömmliche und verlässliche Finanzgrundlage und wollen daher den Städten und
275 Gemeinden mehr Rechte und Verantwortung für die Gestaltung der Steuereinnahmen geben. Hierzu soll
276 die Gewerbesteuer durch einen eigenen Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und eine
277 deutlich höhere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer ersetzt werden. Dabei ist die
278 Steuergerechtigkeit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern zu wahren, d.h. Zuschläge auf die
279 Einkommenssteuer durch die Kommunen dürfen nur nach vorheriger deutlicher Senkung der
280 Einkommenssteuertarife gestattet werden. So werden die kommunalen Finanzen auf eine
281 konjunkturunabhängige und planbare Basis gestellt.

282

283 Wir fordern eine solide kommunale Haushalts- und Finanzpolitik, die die finanzielle Überlastung künftiger
284 Generationen vermeidet. Es kann grundsätzlich nicht mehr ausgegeben werden, als eingenommen wird.
285 In Kommunen mit jahresbezogenem defizitärem Haushalt müssen die freiwilligen Zuwendungen, Zuschüsse
286 und Leistungen deutlich begrenzt werden. Sie sollten den landesweiten Durchschnitt aller Kommunen
287 nicht überschreiten. Die Ausgabenwünsche der Politik und der Bürger müssen sich an den Einnahmen
288 orientieren. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig durch regelmäßige
289 Bürgerversammlungen in die Haushaltsdiskussionen mit einzubinden. Mischfinanzierungen von
290 Investitionen, die durch Land, Bund und EU gefördert werden, sind kritisch zu prüfen, insbesondere vor
291 dem Hintergrund, dass die Folgekosten meist nur von der Kommune zu tragen sind. Investitionen sind nur
292 dann durchzuführen, wenn langfristig der Nutzen die damit verbundenen Ausgaben rechtfertigt.

293

294 Wir Liberale sprechen uns dafür aus, in der Verwaltung kleinere betriebswirtschaftliche Einheiten zu
295 bilden, um die Eigenverantwortung für wirtschaftliches Handeln zu stärken. Leistungen sollten mehr nach
296 dem Verursacherprinzip kostendeckend erbracht werden. Öffentlich-private Partnerschaften können dabei
297 immer dann zu einem effizienteren Wirtschaften beitragen, wenn sich aus der Beteiligung Privater auch
298 langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Vereinbarungen vorab zu prüfen.

299

300 Wir lehnen kommunale Bagatellsteuern und Bußgelder ab. Gegebenenfalls vorhandene
301 Haushaltsspielräume sind zur Abschaffung der Bagatellsteuern zu nutzen.

302

303 Die kaufmännische Buchführung bei den Kommunen schafft Transparenz über die tatsächliche
304 Vermögenssituation der Kommunen. Liberale Kommunalpolitik will die Steuerungsinstrumente über klar
305 formulierte Ziele weiter voranbringen und somit die Politik auf wichtige kommunale Weichenstellungen
306 konzentrieren und die Eigenverantwortung der Verwaltung stärken.

307

308 Liberale Verwaltungs- und Finanzpolitik setzt sich ein für:

309

- 310 • eine einheitliche Anlaufstelle der Bürgerinnen und Bürger in der Verwaltung;
- 311 • eine sparsame und langfristig ausgerichtete Haushaltspolitik ohne Nettoneuverschuldung;
- 312 • eine verlässliche kommunale Finanzpolitik durch eine konjunkturunabhängige Steuerbasis;
- 313 • Bürgerbeteiligung in der kommunalen Haushaltspolitik;
- 314 • eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Der Bund und die Länder müssen für zusätzliche
315 Belastungen durch die Zuweisung neuer Aufgaben finanziell aufkommen.

316 **5. Mobilität und Strukturentwicklung**

317 Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Sie ist die zentrale Voraussetzung für individuelle
 318 Freiheit und Lebensqualität. Gerade viele junge und ältere Menschen, die im ländlichen Raum leben, sind
 319 auf die Verfügbarkeit guter Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs angewiesen. Aufgabe der
 320 Kommunen ist es daher, diese Versorgung bedarfsgerecht zu gewährleisten. Mobilität hat für
 321 Niedersachsen auch eine starke wirtschaftliche Bedeutung, denn durch eine leistungsfähige Infrastruktur
 322 sind unsere Kommunen an Wirtschaftszentren und nationale sowie internationale Verkehrsdrehkreuze
 323 angebunden.

324
 325 Deshalb muss sich der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
 326 Interessen der Menschen orientieren. So lehnen wir eine Bevormundung der Bürger bei der Wahl ihres
 327 Verkehrsmittels ab. Vielmehr muss der Ausbau der Verkehrswege frei von ideologischen Vorbehalten
 328 geschehen. Liberale Verkehrspolitik bevorzugt nicht einzelne Verkehrsträger, sondern vernetzt diese
 329 optimal miteinander.

330
 331 Besonderes Augenmerk liegt für Liberale zudem auf den Zukunftschancen des ländlichen Raums. Dabei
 332 spielt die Entwicklung von kleinen lokalen Versorgungs- und Dienstleistungszentren sowie des
 333 Handwerkes ebenso wie eine bedarfsgerechte Entwicklung öffentlicher Verkehrsmittel eine besondere
 334 Rolle.

335
 336 Für uns Freie Demokraten ist das Herz der Stadt die Innenstadt. Sie lebt durch die Ergänzung
 337 angrenzender Stadtteile und Gemeinden. Eine lebendige Innenstadt bildet das Zentrum für die
 338 gesellschaftliche, touristische und kulturelle Entwicklung einer Stadt. Die Belange von älteren Menschen
 339 und Menschen mit Behinderung im Bau- und Verkehrsbereich der Kommunen sind stärker zu
 340 berücksichtigen, beispielsweise durch möglichst wenige Schwellen und akustische Signale für Hör- sowie
 341 Kontrastoptimierung für Sehbehinderte.

342
 343 Die bauliche und infrastrukturelle Weiterentwicklung einer Region braucht aber auch Visionen, die weit
 344 über eine Wahlperiode hinausgehen. Umso wichtiger ist es, die Bürger in solch langfristige
 345 Planungsprozesse deutlich stärker einzubinden, als dies heute der Fall ist. Offene Dialogveranstaltungen
 346 und Bürgerentscheide können hierzu auf kommunaler Ebene einen wichtigen Beitrag leisten.

347
 348 Wir setzen uns für eine Verringerung der Luftschadstoffbelastung in den Städten ein, zum Beispiel durch
 349 Verkehrslenkungsmaßnahmen und Begrünungen. Umweltzonen haben sich für die Erreichung dieses
 350 Ziels nicht bewährt.

351
 352 Liberale Verkehrspolitik setzt sich vor Ort dafür ein, dass:

- 353
- 354 • in der Stadt- und Infrastrukturpolitik die Bürgerinnen und Bürger durch Dialog- und
 - 355 Mitentscheidungsmöglichkeiten gezielter in die Planung eingebunden werden;
 - 356 • die Bürger bei der Wahl ihres Verkehrsmittels nicht von der Politik bevormundet werden;
 - 357 • die Abschaffung so genannter „Umweltzonen“, die Geringverdiener unangemessen benachteiligen
 - 358 und deren Geeignetheit zur Reduzierung der Feinstaub-Belastung höchst fragwürdig ist.
 - 359 • die Lärm- und Emissionsbelastungen kontinuierlich sinken, beispielsweise durch optimierte
 - 360 Ampelschaltungen und einen intelligenten, umweltfreundlichen ÖPNV;
 - 361 • im öffentlichen Fuhrpark vermehrt auf Elektromobilität gesetzt wird und kommunale Konzepte
 - 362 entwickelt werden, die privat genutzten Elektrofahrzeugen Vorrang vor anderen Verkehrsteilnehmern
 - 363 einräumen (öffentliche Ladeinfrastruktur, Benutzung von Busspuren, kostenlose Parkplätze);
 - 364 • Unfallschwerpunkte in den Städten und Gemeinden durch technische und bauliche Veränderungen
 - 365 entschärft und hierfür gegebenenfalls Prioritäten bei der Haushaltsplanung gesetzt werden;
 - 366 • mehr Freiraum für unternehmerische Initiativen entsteht und eine verbindlich vorgeschriebene
 - 367 wettbewerbliche Vergabe von ÖPNV-Leistungen erfolgt;
 - 368 • eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Nahverkehrsplanung erfolgt. Die
 - 369 Versorgung ist bedarfsorientierter zu gestalten.

370 371 372 **6. Umwelt, Energie und Landwirtschaft**

373 Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden –
 374 für die heutigen wie auch für die künftigen Generationen. Sie stellt unsere natürlichen Lebensgrundlagen
 375 zur Verfügung und dient der Erholung.

376
 377 Durch den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung sollen Naturräume im Außenbereich nicht
 378 unnötig durch Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Mit einer verstärkten Reaktivierung von Industrie-
 379 und Gewerbebrachen und Baulücken im Innenbereich erreichen wir eine Reduzierung des
 380 Flächenverbrauchs. Gleichzeitig trägt die Entwicklung von Industrie- und Gewerbebrachen sowie

381 Baulücken zur positiven Stadtentwicklung bei. Im Rahmen der Bauleitplanung soll beim gesetzlich
 382 geforderten Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt verstärkt auf eine nachhaltige Kompensation
 383 des Eingriffs geachtet werden, wobei monetäre Ausgleichszahlungen für Naturschutzzwecke verstärkt
 384 Berücksichtigung finden sollten.

385
 386 Auch der Hochwasserschutz profitiert vom Erhalt und der Schaffung von Naturräumen, da so zusätzlicher
 387 Rückhaltungsraum entsteht. Wo es erforderlich ist, muss der natürliche Hochwasserschutz durch
 388 technischen ergänzt werden. Priorität muss der Schutz von Leib und Leben sowie Hab und Gut haben.

389
 390 Naturschutz und die mit ihm oftmals verbundenen Einschränkungen für die Nutzung der Natur finden nur
 391 dann die erforderliche Akzeptanz, wenn der Naturschutz mit den Menschen entwickelt wird und nicht
 392 gegen sie. Dabei ist der Grundsatz zu berücksichtigen, dass bei notwendigen Maßnahmen nicht stets das
 393 schärfste, sondern das ausreichende Mittel angewandt werden soll und die Betroffenen als Partner,
 394 insbesondere die Landwirte, frühzeitig, offen und transparent in die Verfahren, etwa bei der Ausweisung
 395 von Landschafts- oder Naturschutzgebieten, eingebunden werden. Die Natur dauerhaft zu schützen,
 396 gelingt nur, wenn die Menschen diese Natur auch kennen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen deshalb die
 397 Schutzgebiete auf geeignete Art und Weise kennen lernen können und die Gelegenheit haben, die Natur
 398 zu erleben. Niedersachsen bietet dazu mit seinen vielfältigen Sport- und Freizeitangeboten entsprechende
 399 Möglichkeiten. Die Menschen dürfen nicht aus der Natur ausgeschlossen werden.

400
 401 Die Akzeptanz der Bürger ist auch für regenerative Energien ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Der
 402 Ausbau der Windenergie und der Bau von Biogas- und Photovoltaik-Anlagen hat sich in den vergangenen
 403 Jahren rasant entwickelt. Dies führt auch zu Problemen, die zur Förderung der Akzeptanz der
 404 erneuerbaren Energien bei Änderungen des EEG berücksichtigt werden sollten.

405
 406 Die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in
 407 Niedersachsen sowie eine tragende Säule insbesondere im ländlichen Raum. Die Weiterentwicklung einer
 408 unternehmerischen Landwirtschaft ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von vielen Betrieben.
 409 Deshalb wollen wir bei Planungsverfahren einen fairen Interessenausgleich zwischen den Interessen der
 410 Landwirtschaft, des Naturschutzes sowie der Bürgerinnen und Bürger.

411
 412 Lärmschutz und Luftreinhaltung sind Sache der Kommunen. Auch wenn angesichts der Überörtlichkeit
 413 vieler Emissionsquellen die Einflussmöglichkeiten begrenzt sind, kann in den Städten und Gemeinden viel
 414 zur Reduzierung von Lärm und Luftverschmutzung beigetragen werden. Flüsterasphalt, Verstetigung des
 415 Verkehrs (z. B. durch „grüne Wellen“, Verkehrslenkungssysteme), Lärmschutzwände sind nur einige
 416 Maßnahmen von vielen, die ergriffen werden können, jedoch immer mit Blick auf die Haushaltslage und
 417 einer dem Bürger schlüssig vermittelbaren Finanzierbarkeit. Allerdings gibt es keine Patentrezepte,
 418 sondern nur maßgeschneiderte Lösungen. Bei allen Ansätzen stellen wir Liberale sicher, dass die
 419 ergriffene Maßnahme zu dem erreichbaren Erfolg in einem angemessenen Verhältnis steht.

420
 421 Die Entsorgung von Haushaltsabfällen ist kommunale Aufgabe. Ziel muss es sein, diese möglichst
 422 effizient zu organisieren. Wir Freien Demokraten setzen hierbei auf einen fairen Wettbewerb zwischen
 423 privaten und öffentlichen Anbietern, der durch günstigere Preise und besseren Service den Bürgerinnen
 424 und Bürgern zugute kommt. Die Umsetzbarkeit von Modellen der gemeinsamen Sammlung von Restmüll
 425 und Wertstoffen in einer Tonne und späteren Sortierung ist unter dem Aspekt der Vereinfachung für den
 426 Bürger zu überprüfen.

427
 428 Liberale Umwelt- und Landwirtschaftspolitik vor Ort folgt den Grundsätzen:
 429 • Innenentwicklung in den Gemeinden schützt die Naturräume im Außenbereich und reduziert den
 430 Flächenverbrauch;
 431 • Natur muss für die Bürgerinnen und Bürger zu erleben sein, damit sie für den Naturschutz eintreten.
 432 Er wird mit den Menschen entwickelt und bezieht alle Beteiligten mit ein;
 433 • Bei kommunalen Bauvorhaben, etwa dem Sportstättenbau, gewährleisten ökologische und
 434 Ressourcen schonende Konzepte einen verbrauchsärmeren und somit günstigeren und
 435 umweltschonenderen Betrieb;
 436 • Landwirtschaftliche Betriebe behalten im Sinne einer unternehmerischen Landwirtschaft die Chance,
 437 sich weiter zu entwickeln;
 438 • Effiziente Entsorgung von Abfällen bedeutet auch Wertstoffgewinnung, kommunale Betriebe treten
 439 dabei in Wettbewerb mit anderen Anbietern.

440
 441
 442 **7. Soziales und Gesundheit**
 443 Mit der Organisationsreform beim Arbeitslosengeld II wurde 2010 das Zusammenwirken von
 444 Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen auf eine sichere Basis gestellt, der Bestand der
 445 Optionskommunen (zugelassene kommunale Träger) wurde gesichert, zudem konnten weitere
 446 Optionskommunen zugelassen werden. Optionskommunen in Niedersachsen haben gezeigt, wie

447 Arbeitsförderung vor Ort erfolgreich ausgestaltet werden kann. In diesem Jahr sind u. a. mit dem Ausbau
448 von Bildungs- und Teilhabeangeboten weitere Instrumente im SGB II hinzugekommen.

449

450 Der demografische Wandel lässt eine flächendeckende ärztliche Versorgung gerade in ländlichen
451 Regionen zu einer großen Herausforderung werden. Daher halten wir Liberale eine Kombination von
452 Maßnahmen für erforderlich, um den Arztberuf allgemein und insbesondere die Niederlassung in
453 unterversorgten Gebieten attraktiver zu gestalten. Die Zunahme pflegebedürftiger Menschen stellt die
454 betroffenen Angehörigen, aber auch die Kommunen vor große Herausforderungen. Kommunen können
455 mit Übersichten über die vorhandenen Wohn- und Betreuungsangebote, die betroffenen Familien
456 unterstützen.

457

458 Sport und Bewegung leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen der Menschen. Hierfür sind
459 Rahmenbedingungen in den Städten und Gemeinden notwendig, die Menschen jeder sozialen Herkunft
460 und in jedem Alter mit und ohne Migrationshintergrund ermöglichen, sich zu beteiligen. Angesichts der
461 zunehmenden Bedeutung der älteren Bevölkerung brauchen gerade Menschen über 50 die Chance, ihr
462 Bewegungspotential zu aktivieren. Hier sollte eine enge Verzahnung zwischen den Sportvereinen und den
463 kommunalen Gremien wie Integrations- und Seniorenbeirat und Seniorenvertretungen erfolgen. Denkbar
464 sind auch Patenschaften durch aktive Mitglieder von Sportvereinen.

465

466 Die FDP will insbesondere das Interesse der Städte und Gemeinden an einer Bewegungsförderung in der
467 Lebenswelt Ihrer Bürger stärken. Für dieses Ziel sollen sie dazu beitragen, dass die Vereine, die
468 Wohlfahrtsverbände, die Volkshochschulen und auch die Ärzteschaft vor Ort kooperieren und die Bürger
469 gemeinsam über ihre Aktivitäten und Angeboten informieren. Darüber hinaus sind auch Aktivitäten in den
470 Städten und Gemeinden selbst für die (Weiter-) Entwicklung von Bewegungsangeboten,
471 Raummöglichkeiten, Kooperationen sowie die Information und Beratung von Interessierten notwendig, um
472 die Zahl aktiver Älterer durch vernetzte Arbeit vor Ort zu steigern.

473

474 Auf kommunaler Ebene findet sich eine Vielzahl von Beratungsangeboten für unterschiedliche
475 Lebenssituationen, wie z. B. Familien- und Seniorenservicebüros, Drogen- und Suchtberatung,
476 Schuldnerberatung oder Seelsorge. In unserer liberalen Sozialpolitik treten wir für eine Vielfalt der Träger
477 ein. Die Beratungsangebote müssen flexibel am örtlichen Bedarf ausgerichtet werden können und für alle
478 Betroffenen erreichbar sein.

479

480 Liberale Sozial- und Gesundheitspolitik setzt sich vor Ort ein für:

481

- 482 • eine weitere Intensivierung der Eingliederungsmaßnahmen in den Optionskommunen und bessere
- 483 Vernetzung der Arbeitsförderung mit anderen sozialen Angeboten;
- 484 • den Abbau von Bürokratie und Gerichtsverfahren bei den Unterbringungskosten durch die Möglichkeit
- 485 der Pauschalierung;
- 486 • eine stärkere Wertschätzung der gesundheitsrelevanten Leistungen, die in unseren Sportvereinen auf
- 487 vornehmlich ehrenamtlicher Basis geleistet werden, besonders unter den Gesichtspunkten der Prävention
- 488 und der Rehabilitation;
- 489 • die Kooperation mit Anbietern von Gesundheitsleistungen oder von anderen Dienstleistungen, um
- 490 attraktive Angebote der Nahversorgung zu schaffen sowie Unterstützung bei einer Niederlassung durch
- 491 Abbau bürokratischer Anforderungen;
- 492 • eine bessere Unterstützung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen.

493

494

495 **8. Kultur**

496 Kultur stiftet Identität. Liberale setzen bei der Weiterentwicklung unserer Demokratie auf die Ideen der
497 Aufklärung. Dialog und Toleranz sind die Gegengewichte zu Gleichgültigkeit, Streit und Willkür. Kunst und
498 Kultur sind wichtige Elemente der Stadtentwicklung, auch über Einzelinteressen hinaus, denn sie geben
499 den Städten und Gemeinden ein unverwechselbares Gesicht. Auch in Zeiten knapper Kassen bleiben
500 förderliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur eine öffentliche Aufgabe. Wir Liberale sind
501 überzeugt, dass die Kernaufgaben des öffentlichen Kulturauftrags und die Kriterien und Formen der
502 öffentlichen Förderung im Dialog mit den Bürgern bekräftigt und gestaltet werden sollten.

503

504 Durch die Erarbeitung eines kommunalen Kulturleitbildes wird die Frage nach dem gesellschaftlichen Ziel
505 und Zweck von Kulturförderung explizit gestellt; sowohl Politik als auch Verwaltung müssen sich
506 positionieren und Präferenzen festlegen. Kulturelle Angebote sind ein wichtiger Standortfaktor im
507 Wettbewerb zwischen den Kommunen. Regionale Netzwerke mit Vertretern aus Kultur, Wirtschaft,
508 Tourismus und Verwaltung können die Entwicklung kultureller Infrastruktur befördern und kulturelle
509 Angebote erhalten.

510

511 Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben und Ansporn
512 für individuelle Leistungen. Sie ist Motor für die Persönlichkeitsentwicklung, fördert Kommunikations- und

513 Handlungskompetenz sowie Ausdrucksfähigkeit. Sie macht Menschen stark und stolz auf eigene
514 Fähigkeiten. Wir Freien Demokraten sind für stärkere Allianzen zwischen Bildungs- und Kultur-
515 einrichtungen. Dies umfasst die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bibliotheken, musealen
516 Einrichtungen, Kunstvereinen sowie Kunst- und Musikschulen. Kulturelle Einrichtungen sollen verstärkt als
517 Träger für das Freiwillige Kulturelle Jahr gewonnen werden.

518
519 Das Angebot kultureller Bildung muss sich den neuen Herausforderungen stellen und im Zuge des
520 demographischen Wandels für Jung und Alt attraktiv sein.

521
522 Liberale Kulturpolitik vor Ort macht sich stark für:

- 523
- 524 • Pflege und Erhalt kultureller Identität;
 - 525 • die Erarbeitung kommunaler Kulturleitbilder;
 - 526 • eine offene und diversifizierte Kulturförderung;
 - 527 • erleichterten Zugang zu Büchereien und zu kommunal geförderten Musik-, Theater- und
528 Kunstschulen;
 - 529 • Angebote für Gruppen an Schulen und Kindergärten und Zusammenarbeit zwischen Schulen und
530 kulturellen Einrichtungen.

531

532

533 **Gehen Sie wählen**

534 Bei der Kommunalwahl am 11. September 2011 nehmen Sie Einfluss auf die künftige Politik bei Ihnen vor
535 Ort. Erfolgreiche Politik lebt vom inhaltlichen und persönlichen Engagement der Bürger.

536

537 Wir Liberale zeigen Gesicht in den Räten und Kreistagen. Wir engagieren uns und wollen unsere Heimat
538 mitgestalten. Wir leben unsere liberalen Überzeugungen: Eine offene und tolerante Gesellschaft.

539

540 Unterstützen Sie uns: Wählen Sie Ihre FDP-Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort.

541